

VOKABELLISTE

ROUSSEAU:

Souveränität: meint Selbstbestimmung; in der Staatstheorie wird darunter verstanden, wer oder was als Ausgangspunkt der Staatsgewalt gilt; im Absolutismus war das der König, in modernen Demokratien ist es das Volk (auch Volkssouveränität).

Identitätstheorie der Demokratie: meint, dass Herrschende und Beherrschte identisch sein müssen/ sollen. Für Rousseau war es undenkbar, dass man die eigene Souveränität als Bürger an Volksvertreter/ Repräsentanten/ Abgeordnete abgeben könne. Jeder Mensch könne nur für sich selbst sprechen und eintreten.

Gemeinwille (volonté générale): ist für Rousseau ein aus der Vernunft für jeden Menschen ableitbares Urteil, womit bei jeder (politischen) Entscheidung von vornherein diejenige bestimmt und gewählt werden könne, die richtig für die Gemeinschaft und damit der Erreichung des Gemeinwohls förderlich ist. (Kant entwickelt aus dem Gedanken des Gemeinwillens von Rousseau später seine Ethik und den Kategorischen Imperativ. Kant sagte selbst über Rousseau: „Er hat mich aus meinem dogmatischen Schlummer geweckt.“

Gesamtwille (volonté de tous): ist für Rousseau die Summe der Einzelwillen, d.h. der zählbare Wille.

Verhältnis von Gemeinwille zum Gesamtwillen: Nach Rousseau verwechseln viele bei der Beurteilung der Demokratie den vernunftgeleiteten Gemeinwillen mit den zählbaren Einzelwillen, welche bei typischen Mehrheitsentscheidungen oft nur zum Tragen kommen. Eine bloße Mehrheitsentscheidung, welche den Gesamtwillen zum Ausdruck bringt, erscheint häufig deshalb nicht als vernünftig, weil sich die Bürger nur von ihrem individuellen Eigeninteresse leiten ließen und dieser Zustand könne nur durch Aufklärung und Erziehung beseitigt werden. → Ziel: Vernunftorientierung – Einsicht in den Gemeinwillen erzeugen

Gesellschaftsvertrag: ist bei Rousseau eine freiwillige, von der Vernunft bestimmte Übereinkunft, durch die der Wille des Einzelnen dem Willen der Allgemeinheit (Gemeinwille) untergeordnet bzw. mit ihm in Einklang gebracht wird.

FEDERALIST PAPERS:

Konkurrenztheorie der Demokratie: meint, dass für eine Gesellschaft, welche allen Bürgern individuelle Einzelinteressen zugesteht, tragfähige politische Entscheidungen als Ergebnis der Konkurrenz (des Wettbewerbs) verschiedener gesellschaftlicher Teilinteressen, vertreten durch Parteien, erzielt werden können.

Repräsentative Demokratie: meint, dass das Volk seine Souveränität in Wahlen ausübt, um Repräsentanten/ Vertreter/ Abgeordnete zu bestimmen, welche dann in Stellvertretung der Bürger die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung in Institutionen wie z.B. dem Parlament ausüben.

Republik: kommt aus dem Lateinischen – res publica und heißt so viel wie: die öffentliche Sache; die Konkurrenztheoretiker der Demokratie wollen ihr Repräsentativmodell stärker von der direkten Demokratie abgrenzen und sprechen deshalb lieber von Republik, wobei sie darunter das Modell einer repräsentativen Demokratie (s.o.) verstehen.

Reine Demokratie (für Konkurrenztheoretiker): meint die direkte Demokratie, d.h. die Selbstvertretung der Bürger in kleinen politischen Gemeinschaften. Die reine Demokratie wird von den Konkurrenztheoretikern abgelehnt, weil sie die Gefahr der Dominanz einer Meinung, von der die Mehrheit schnell ergriffen werden könne, berge.

ERNST FRAENKEL:

Pluralismus: bezeichnet politische Ordnungen, die sich durch Vielgliedrigkeit, Interessenvielfalt und vielfältige Lebensstile als Rahmen einer demokratischen Lebensform kennzeichnen lassen. Die politische Ordnung ist offen für die demokratische Austragung von Konflikten in geregelten Verfahren innerhalb eines vom Grundgesetz umrissenen Rahmens, dem unstreitigen Sektor. Die Bürger und ihre Interessen werden vertreten durch Parteien, Vereine, Verbände, Bürgerinitiativen, NGOs und andere Organisationen der Interessenvermittlung.

Autonomie der politischen Willensbildung: bedeutet, dass sich politische Willen und Entscheidungen nicht nach Gesetzmäßigkeiten richten und nicht richten können, da es diese nicht gäbe. Der Streit der verschiedenen Parteien/ Interessengruppen um Lösungen oder Kompromisse sei das Instrument, um Entscheidungen zu treffen. Fraenkel lehnt damit auch die Auffassung Rousseaus, es gäbe einen einsehbaren, individuell ableitbaren Gemeinwillen, ab.

heterogen: Ggt. zu homogen – gleichartig; uneinheitlich, ungleichartig, verschieden